

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 77.

Paderborn, 28. Juni

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Bestellungen auf das „Volksblatt für Stadt und Land“ wolle man für das dritte Quartal (Juli, August, September) gefälligst bald aufgeben. Auswärts nehmen die Königl. Postanstalten, für Brilon die Junfermann'sche Buchhandlung, welche auch Anzeigen für das Volksblatt annimmt, dieselben entgegen.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Cholera; Auswanderungen; russisch-österreichische Allianz; Verhandlungen gegen die Maigefangenen; Luftschiffer Corwell; Memel); Stuttgart (Raveaux †); Osnabrück (Eingabe des Pius-Vereins)
Die Feindseligkeiten in Baden.
Schleswig-Holstein. (Waldiger Friedensabschluß in Aussicht).
Der Ungarische Krieg.
Dänemark. Kopenhagen (Ankunft preuß. Depeschen).
Frankreich. Paris (Sturm auf Rom; Ansprache des Kriegsministers; der Tod Carl Alberts amtlich bekannt).
England. London (Nachrichten aus Amerika und Ostindien.)
Schweiz. Neuenburg (die Regierung und die wohlthätigen Stiftungen.)
Vermischtes.

Deutschland.

† Berlin, 24. Juni. Die Cholera wüthet hier seit einigen Tagen, in Folge des eingetretenen schlechten Wetters wieder heftiger. Wir zählen durchschnittlich an 40 Erkrankungen täglich. — In höhern Kreisen will man mit Bestimmtheit wissen, daß von der französischen Regierung eine Mittheilung an die hiesige gelangt sei, worin erstere unserm Ministerium die Abreise von sechs Individuen gemeldet habe, deren Zweck die Ermordung des Prinzen von Preußen auf seiner Reise zu der Pfälzisch-Badenschen Expedition sei. — Das statistische Bureau hat in einem Aufsatze der von ihm herausgegebenen Mittheilungen einen schätzenswerthen Nachweis der in dem Zeitraum vom 1. October 1844 bis 30. September 1848 zur amtlichen Kenntniß gekommenen Zahl der Ein- und Ausgewanderten des Preussischen Staates, soweit dies aus den Entlassungsscheinen hervorgeht, mitgetheilt. Danach betrug im Jahre 1847 — 48 die Zahl der in Ostpreußen Eingewanderten 46, Westpreußen 102, Posen 52, Brandenburg 567, Pommern 166, Schlesien 277, Sachsen 709, Westphalen 285, Rheinlande 358, im ganzen Staate 2753; der in Ostpreußen Ausgewanderten 104, Westpreußen 62, Posen 81, Brandenburg 993, Pommern 238, Schlesien 610, Sachsen 1822, Westphalen 1292, Rheinlande 3090, im ganzen Staate 8297. Von den 8297 Ausgewanderten sind 6217 zur See gegangen, 2080 haben zu Lande den Staat verlassen. In den vier Jahren vom 1. October 1844 — 30. September 1848 sind überhaupt 40690 Personen über See ausgewandert und zwar nach Amerika 38,754 oder 95,24 Prozent, nach Australien 1269 oder 3,12 pCt., nach Algier 468 oder 1,15 pCt., nach Ostindien 53 oder 0,13 pCt., nach Europäischen Staaten 146 oder 0,36 pCt.

— Auch Preußen scheint der russisch-österreichischen Allianz sich anschließen zu wollen. Unser bisheriger Gesandter beim Petersburger Hofe, Herr v. Rochow, ist bereits nach Warschau abgegangen um in der Nähe des Kaisers aller Neuigkeiten zu verweilen, und demselben die freundschaftlichsten Gesinnungen auszusprechen. Das Armeecorps welches jetzt in Schlesien zusammengezogen wird, ist allem Anschein nach bestimmt, der österreichisch-russischen Armee nöthigenfalls als Reserve zu dienen.

— 23. Juni. Die öffentliche Gerichtsverhandlung gegen die sogenannten Maigefangenen hat heute vor dem Berliner Kriegsgericht stattgehabt. Die Sitzung begann Morgens 8 Uhr, und dauerte bis in die Nacht hinein. In dem Augenblick in welchem wir unsere Mittheilung schließen, sind die Vertheidiger noch in ihrem Plaidoyer begriffen und sind wir daher für heute außer Stande das Urtheil mitzutheilen. Folgende Personen sind unter Anklage gestellt: Oberlehrer Dr. Gerke, Justiz-Rath Pfeiffer, Dr. med. Waldek, Assessor Herzfeld, Buchdruckerei-Besitzer Behrends, Assessor Gubitz, Lehrer Koch, Lehrer

Steide, Rentner Schönmann, Thierarzt Meßlenburg, Baumeister Petersen, Fabrikant Schildknecht, Dr. med. Weiß. Der Gerichtshof besteht aus dem Stadtgerichts-Rath Hufeland, als Vorsitzenden, dem Stadtgerichts-Rath Scheffer als Beisitzenden aus dem Civilstande und den Hauptleuten v. Alvensleben, v. Nagler und Foller als Beisitzenden aus dem Militärstande. Als Staats-Anwalt fungirt der Divisions-Auditeur Justiz-Rath Schlitte aus Stettin. Ein großer Theil der Angeklagten vertheidigt sich selbst, die Uebrigen werden von dem Justiz-Rath Martins I., Advokat-Anwalt Dan und Referendar Meyer vertheidigt.

LC. Berlin, 24. Juni. Der Luftschiffer Corwell, welcher am letzten Dienstag hier aufstieg, hätte beim Niederlassen an demselben Abend beinahe mehrere Menschen getödtet, indem er auf der Chaussee nach Badborf auf einen in demselben Augenblick umgestürzten Wagen, der mit Wolle beladen war, niederfiel. Auf dem Wagen befanden sich mehrere Menschen, die zum Theil von dem herabfallenden Ballon verletzt wurden.

— Während sämtliche Preussische Ostseehäfen klagen, daß ihnen durch den dänischen Krieg jeglicher Verkehr abgeschnitten ist, erinnern sich die Memeler niemals so gute Geschäfte gemacht zu haben, wie in diesem Jahre, da, während alle übrigen Häfen blockirt sind, Memel dänischerseits verschont geblieben ist. Die ältesten Einwohner Memels staunen über den ungeheuren Mastenwald der dort liegenden Schiffe und Rähne aller Art.

Stuttgart, 22. Juni. So eben geht hier die Trauernachricht vom Tode Franz Raveaux's ein. Er starb gleich nach seiner Ankunft in Baden am Schläge. — Regierungsrath Schott von Ludwigsburg ist als Civilcommissair an die badische Grenze abgegangen, um etwaige Freischaaerenbildung in jener Gegend zu verhindern. In Knittlingen steht eine Abtheilung Militair.

† Osnabrück, 23. Juni. Der hiesige Pius-Verein hat in seiner Sitzung vom 18. d. im Betreff der Dotirung des Bisthums Osnabrück nachstehende Eingabe beschlossen. Dieselbe wurde sofort an Se. Majestät den König von Hannover eingesandt. Die Adresse lautet:

„Sw. Königl. Majestät haben gleich bei Allerhöchstdero Regierungsantritte und später wiederholt öffentlich ausgesprochen, die Rechte aller Landeseinwohner streng zu schützen und auszuführen. Auf dieses Königl. Wort vertrauend, hielten die Katholiken der Diözese Osnabrück in Betreff der Ausführung des Concordates vom 26. März 1824 es in Folge früher mehrseitig gestellten, aber stets vergeblichen Versuche für Pflicht, Sw. Königl. Majestät vermittelt einer rechtlichen Darlegung, welche etwa 5000 Diözesanen aller Stände zu der ihrigen gemacht hatten, von der Sachlage in Kenntniß zu setzen. Dieses geschah im Mai 1846 durch den damaligen Dechanten Knoll zu Desebe, indem dieser die fragliche Petition Allerhöchsten Orts persönlich überreichte.

Es ist hierauf, wie auf fernere Gesuche, die von verschiedenen Seiten gemacht sind, den Diözesanen keine Antwort und sonst auch keine Resolution geworden.

Deshalb wurde am 16. März d. J. dem Königl. Gesamtministerium ein „Wiederholtes Gesuch“ in Betreff Dotirung des Bisthums Osnabrück, das jetzt aus 80 Ortschaften der Diözese mit 14,400 Untertanen vorliegt, durch eine Deputation von Ständemitgliedern übergeben. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Herr Minister Dr. Braun: daß er die Forderung der Diözese Osnabrück auf Dotirung des Bisthums als begründetes Recht anerkenne.

So erfreulich es nun war, endlich ein solches Wort aus dem Königl. Ministerium zu hören: so müssen wir doch fürchten, daß